

Wie weiter?

Die Bildungsproteste sind zur Zeit die größte Jugendbewegung in Deutschland. Durch sie ist Bildung wieder ein Hauptthema der Politik.

Trotzdem wird deutlich, dass die Proteste an Bedeutung verlieren. Viele beteiligen sich am Bildungsstreik weil sie zum einen einiges Konkretes stört (Turboabi, Bachelor-Master, ...) und zum anderen ein ungenaues Gefühl der Ungerechtigkeit empfinden. Demos allein können langfristig nicht an diesen

Bewusstseinsstand anknüpfen. Es fehlt an messbaren Erfolgen und fassbaren Kämpfen. Dazu müssen die halbjährlichen Streiks in greifbarere Aktionen eingebettet werden. In dem wir Konflikte an Schule, Jugendzentrum, oder Uni aufgreifen können wir es schaffen wieder mehr Leute zu mobilisieren, Interessenskon-

flikte aufzuzeigen und reale Erfolge zu erzielen. Die alltägliche Interessensvertretungspolitik (bspw. mit der SV) ist meist anstrengend. Diese Kämpfe führen bedeutet aber kein zurückweichen, es ist vielmehr eine Zuspitzung des Bildungs- und Klassenkampfes.

ICH WILL...

- Mehr Infos über die SDAJ
- Kontakt zur nächsten SDAJ-Gruppe
- Die Position, das Magazin der SDAJ, kennenlernen

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

Telefon, E-Mail etc.

IMPRESSUM

Herausgeber: SDAJ-Bundesvorstand
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Tel.: 0201/230633, Fax: 0201/230693
E-Mail: info@sda-j-netz.de
Internet: www.sda-j-online.de

V.i.S.d.P.: M. Größ c/o SDAJ
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

SDAJ
Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend

POSITION

MAGAZIN DER SDAJ

- Hiermit aboniere ich die Position bis auf Widerruf. Normalabo [10 Euro im Jahr]
- Ich habe die Position abonniert, möchte aber, dass die Abgebühren ab jetzt vom unten genannten Konto abgebucht werden. Soliabo [20 Euro im Jahr]

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

- Die Abgebühren sind von folgendem Konto abzubuchen: Die Abgebühren werden per Rechnung bezahlt.

Geldinstitut:

Bankleitzahl:

Kontonummer:

Datum

Unterschrift

SDAJ vs. Bundeswehr

Ausgangslage:

2009 konnten Wehrdienstberater in Schulen fast 300.000 Jugendliche erreichen, Jugendoffiziere 115.000 Jugendliche. Knapp 3.000 Lehrer ließen sich von der Bundeswehr fortbilden. Grund genug, bei diesen Auftritten nicht mehr einfach nur zuzusehen.

SDAJ 0 : 0 Bundeswehr

08.02.2010: Der SDAJ-Aufruf „Bundeswehrrfreie Zonen schaffen“ wird veröffentlicht und erfreut sich breiter Unterstützung, u.a. von: Ulla Jelpke (MdB „Die Linke“), Jürgen Wagner (geschäftsführender Vorstand der Informationsstelle Militarisierung [IMI] e.V.), Peter Strutynski (Bundesausschuss Friedensratschlag), Lühr Henken (Hamburg, Bundesausschuss Friedensratschlag) und Monty Schädel (Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen [DFG-VK])

SDAJ 1: 0 Bundeswehr

20. Februar 2010: 200 Jugendliche feiern zu Punkrock in Kassel gegen Krieg

weiter auf Seite 2

POSITION

EXTRA

MAGAZIN DER SDAJ



Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken!

Seit einiger Zeit haben die Medien ein neues Feindbild: Der Grieche, der die Hand aufhält, nicht mit Geld umgehen kann und auf keinen Fall sparen will. Es ist ja auch sehr einfach, mit dem Finger auf ein Krisenopfer zu zeigen und dabei schön unter den Tisch fallen zu lassen, dass Deutschland im vergangenen Jahr ein paar notleidenden Banken Milliarden hinterher geworfen hat.

Aber nicht nur Griechenland kriegt die Krise: Die Kommunen sind katastrophal unterfinanziert. Na gut, das sind sie schon eine ganze Weile, die Lage spitzt sich aber immer weiter zu.

Doch gerade jetzt wälzen Bund und Länder die Krisenlasten mehr und mehr auf die Kommunen,

und damit vor allem die dort lebenden Jugendlichen ab.

Deren Finanzeinnahmen setzen sich im wesentlichen aus Schlüsselzuweisungen von öffentlichen Geldern und Gewerbesteuer zusammen. Beides wird immer knapper: Das zugeteilte Geld wird immer weniger und die Gewer-

besteuereinnahmen gehen ebenfalls zurück. Nun wäre die einzig sinnvolle Maßnahme, man würde die besagten Krisenlasten den überlassenen überlassen, die sie verursacht haben. Die ansässigen Firmen, die in den letzten Jahren fette Gewinne eingefahren haben, zahlen kräftig Steuern.

weiter auf Seite 2

und Bundeswehrpropaganda

SDAJ 2 : 0 Bundeswehr

20.03.2010: 20 GenosInnen stören Bundeswehrauftritt auf Berufsbildungsmesse in München. Polizei und Sicherheitskräfte schreiten jedoch sofort ein. Flyerverteilungen und Diskussionen mit BesucherInnen vor der Messe können aber nicht von ihnen verhindert werden.

SDAJ 3 : 0 Bundeswehr

08.03.2010: Bundeswehrstand auf „Euregio Wirtschaftsschau“ in Aachen. 15 AntimilitaristInnen protestieren und gewinnen die Sympathie der dortigen Besucher. Alleine völlig hilflos lässt die Bundeswehr die Störaktion nach 15 Minuten durch den Sicherheitsdienst beenden. Auch hier geht die Aktion am Eingang zur Ausstellung weiter.

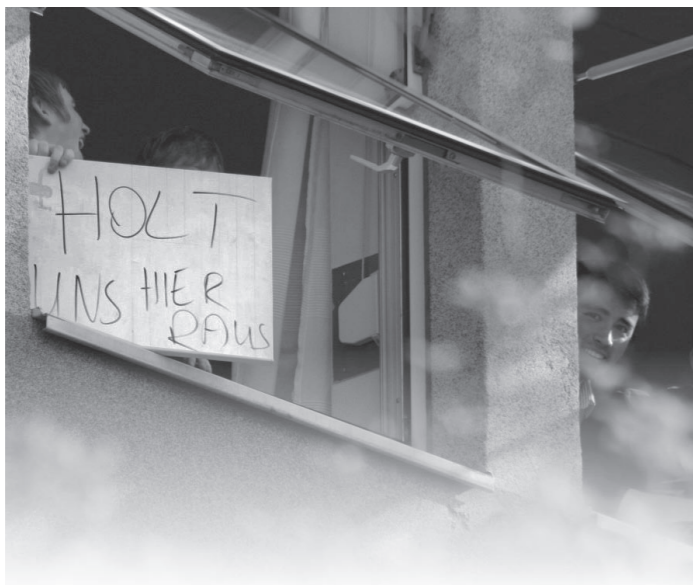
SDAJ 4 : 0 Bundeswehr

25.02.2010: Bundeswehr-offizier an Schule in Nürnberg. Als „Alternativprogramm“ gibt es den SDAJ Antimilsampler und Diskussionen mit den GenosInnen.

SDAJ 5 : 0 Bundeswehr

Dies ist nur ein Ausschnitt, an vielen weiteren Orten fanden weitere Störaktionen statt. Dennoch:

Oft kann die Bundeswehr nach wie vor für ihre „tödlichen Jobs“ werben. Wir fordern daher weiterhin: Bundeswehr raus – aus den Messen, aus den Schulen, aus Afghanistan!



Viele Kommunen sind bis über die Ohren verschuldet und zahlen horrenden Zinsen. Sinnvolle Maßnahmen Nummer 2:

Die Schulden werden nicht mehr bedient, die Banken dürfen ihre Suppe alleine auslöffeln und das Geld kann endlich für Schulen, Jugendhäuser, Sportplätze etc. ausgegeben werden.

Eigentlich ganz einfach. Leider erleben wir in unseren Städten das genaue Gegenteil. Aufgrund fehlender Einnahmen versuchen die Städte, öffentliches Eigentum zu Geld zu machen. Bekanntestes Beispiel dafür sind sogenannte PPP-Projekte. Private Investoren kaufen öffentliche Gebäude, gerne auch Schulen, aber auch die Müllabfuhr oder die Wasserversorgung werden verschertelt. Die Schule, bzw. die Stadt ist dann nicht mehr Herr im Haus, sondern zahlt Miete und darf dafür das Gebäude nutzen. Das hat bereits zu Verschlechterungen in der Ausstattung, aber zum

Glück auch zu zahlreichen Protesten geführt. Die Bundesregierung hat zwar



im Konjunkturpaket II Gelder für die Schulsanierung bereit gestellt. Das war aber eher eine Finanzhilfe für Handwerksbetriebe als Geld für eine bessere Bildung. Die Gelder durften ausschließlich für Projekte wie z.B. Wärmedämmung ausgegeben werden, Neubau oder Lehrereinstellungen waren verboten und



für den eigentlichen Sanierungsbedarf war es so wieso viel zu wenig. Noch mal zum Vergleich: **für alle Schulen dieser Republik kamen 8,6 Milliarden zusammen. Die Hypo Real Estate bekam 120 Milliarden.**

Der Sparkurs trifft vor allem Jugendliche. Wir lernen in überfüllten Klassen in kapputten Gebäuden, eine bezahlbare Freizeitgestaltung wird uns fast unmöglich gemacht. Schwimmbäder machen dicht, Sportplätze werden nicht instand gehalten, Musikschulen und andere Angebote kann sich kaum noch einer leisten. Die städtischen Betriebe bilden immer weniger aus, frei werdenden Stellen in den Gemeindeverwaltungen werden nicht mehr besetzt.

Beim Bildungsstreik 2010 wollen wir den Herrschenden zeigen, was wir von ihrer Sparpolitik halten.

Wir lassen uns nicht länger erzählen, dass dieser Kurs alternativlos ist. Wir wollen keine neuen Sparvorschläge machen und uns dadurch gegeneinander ausspielen lassen. Wir zahlen nicht für eure Scheißkrise. Holen wir uns das Geld bei den Banken und Konzernen!

Bundeswehr raus - aus Afghanistan und aus unseren Schulen.



„Bundeswehr – Karriere mit Zukunft.“ Mit solchen Slogans werben die Jugendoffiziere der Bundeswehr dafür, dass wir uns als Zeit- oder Berufssoldaten verpflichten. Sie locken mit einer guten Ausbildung, einem sicheren Arbeitsplatz, Aufstiegsmöglichkeiten – mit einer Zukunftsperspektive. Und genau die haben wir bei Bildungsabbau und Elitebildung, Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit dringend nötig. Aber was ist das für ein Job, den uns die Jugendoffiziere schmackhaft machen wollen? Wer eine Ausbildung beim Bund machen will, muss sich verpflichten – und zwar für vier bis

zwölf Jahre. In dieser Zeit muss man dann auch in den Auslandseinsatz. Das heißt für die meisten: Afghanistan. Dort kann man gutes Geld verdienen. Und sein Leben verlieren. Bisher sind 43 deutsche Soldaten in Afghanistan getötet worden. Arbeit bei der Bundeswehr ist also kein ganz normaler Job. Soldat sein heißt, sein Leben zu riskieren, damit Deutschland auch in Zukunft andere Länder besetzen kann. Der Krieg in Afghanistan wird nicht für die Sicherheit Deutschlands geführt. Er wird dafür geführt, dass deutsche Unternehmen auch in Zukunft einen gesicherten

Zugang zu Rohstoffen und Märkten haben – dieselben Unternehmen, die in Deutschland Jobs vernichten. Dafür sollen wir beim Bund unseren Arsch hinhalten. Unsere Bildung wird kaputtgespart, unsere Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden abgebaut. Davon will auch die Bundeswehr profitieren, um ihre tödlichen Jobs an den Mann und die Frau zu bringen. Die SDAJ sagt: Wir brauchen Ausbildungsplätze in Deutschland statt tödliche Jobs am Hindukusch. Bundeswehr-Offiziere haben an unseren Schulen und in der Öffentlichkeit nichts verloren.

